



## Stellungnahme zum Antrag Nr.

Vorlage: <b>ST/0030/2020</b>		Datum: 31.01.2020	
<b>Oberbürgermeister</b>			
Verfasser:	10-Amt für Personal und Organisation	Az.: 10 / Ku.	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der AFD-Stadtratsfraktion: Statistische Erfassung von Übergriffen auf städtische Mitarbeiter</b>			
Gremienweg:			
06.02.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen

**Stellungnahme:**

Übergriffe, die Straftatbestände erfüllen, werden grundsätzlich zur Anzeige gebracht. Die Maßnahmen werden im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung von der Polizei erfasst und stellen eine staatliche Aufgabe dar.

Gleichzeitig befindet sich die Verwaltung derzeit in Gesprächen mit der Universität Koblenz-Landau. Hierbei wird die Möglichkeit erörtert, dass Bacheloranten der Universität sich mit der Thematik „Gewalterfahrung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ordnungsamt“ beschäftigen.

**Beschlussempfehlung:**

Eine Beschlussfassung erübrigt sich, da die Verwaltung sich in dieser Thematik bereits in Gesprächen mit der Universität Koblenz-Landau befindet.